

BLICKPUNKT PLENUM

13. bis 15. September 2016

Informationen der **SPD**-Nordhessenrunde
im Hessischen Landtag



Bildungspolitik: Kein Plan für die Zukunft

Der Landtag hat die Regierungserklärung des Kultusministers zum Schuljahresbeginn entgegengenommen. Die Landesregierung geht seit Wochen damit hausieren, dass sie neue Lehrerstellen schafft. Aber: Planstellen geben keinen Unterricht, das tun nur qualifizierte Lehrerinnen und Lehrer. Und die fehlen überall in unserem Land, weil die Verantwortlichen offensichtlich mit der Personalplanung für die Schulen überfordert waren und sind.

Wir fordern Minister Lorz auf, für eine verlässliche Ressourcenausstattung der hessischen Schulen zu sorgen. Dazu gehört an erster Stelle, den Lehrermangel zu beseitigen, der vor allem in den Grund-, Förder- und Berufsschulen des Landes den Alltag bestimmt. Auch für die Inklusion von Schülerinnen und Schülern mit Behinderungen fehlen die erforderlichen Lehrerinnen und Lehrer. In ihrer nackten Not lässt die Landesregierung unsere Kinder inzwischen flächendeckend von Studentinnen und Studenten ohne 2. Staatsexamen oder gleich von Fachfremden unterrichten.

Wir fordern die Landesregierung auf, endlich die Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte im Land zu verbessern, um die Abwanderung in andere Bundesländer zu stoppen, wo weniger Wochenstunden bei besserer Besoldung locken. Jahrelang hat man sich vor festen Verträgen gedrückt und ausgebildeten Pädagogen immer nur befristete Arbeitsverträge gegeben. Diese Hin-Halte-Politik rächt sich nun bitter. Lehrerinnen und Lehrer sind abgewandert in andere Bundesländer! Die Landesregierung unternimmt nichts, um die Lage an den hessischen Schulen zu verbessern. Noch heute werden viele vor den Sommerferien entlassen und müssen sich Geld vom Arbeitsamt holen, um dann nach den Sommerferien doch wieder befristet eingestellt zu werden. Ein Skandal zu Lasten der Sozialkassen. Auch der sogenannte ‚Nachmittagsunterricht‘ ist im Wesentlichen eine Aufbewahrung von Schülerinnen und Schülern unter der Aufsicht von pädagogisch nicht ausgebildeten 450-Euro-Kräften und muss darüber hinaus von den Kommunen mit finanziert werden. Wir brauchen mehr echte Ganztagschulen, damit Hessen nicht länger im hinteren Bereich der bundesweiten Schulleistungsvergleiche landet.

Auch bei der Flüchtlingsbeschulung geschieht nichts. Statt Kinder und Jugendliche, die als Flüchtlinge nach Hessen gekommen sind, schnellstmöglich in die Schulen aufzunehmen, wird ihnen das Recht auf Bildung verwehrt: Die Betroffenen müssen monatelange Wartezeiten in Erstaufnahmeeinrichtungen aushalten, in denen es keine Lernangebote gibt, die auf den Regelschulbesuch vorbereiten. Und in den Intensivklassen werden die Wochenstunden herunter- und die Klassengrößen hochgefahren, was eine individuelle Förderung unmöglich macht. So verhindert die Landesregierung die Integration mit bildungspolitischen Mitteln.

Wir wollen gebührenfreie Kitas

Trotz positiver Bilanz der Anhörung zum SPD-Gesetzentwurf, die Elternbeiträge für Kindertagesstätten schrittweise abzuschaffen, hat die CDU/Grüne-Landesregierung unsere Initiative abgelehnt. Beiträge für Kitas stellen aus unserer Sicht Bildungsbarrieren dar und sind sozial ungerecht. Es ist nicht einsehbar, dass der Besuch von Schulen und Hochschulen kostenlos ist, in der frühkindlichen Bildung aber den Eltern eine zum Teil ganz erhebliche Kostenbeteiligung mit steigender Tendenz abverlangt wird. Es ist auch nicht einsehbar, dass manche Bundesländer die frühkindliche Bildung beitragsfrei stellen und dass auch in Hessen selbst die Eltern von Ort zu Ort höchst unterschiedliche Beiträge zu zahlen haben.

Denn trotz stetig steigender Einnahmen von Bund und Land leiden Kommunen gerade in den ländlich geprägten Regionen an dramatischer Unterfinanzierung. Die kommunalfeindlichen

Kürzungen der CDU-geführten Landesregierungen, zwingen viele Kommunen dazu, Gebühren immer weiter anzuheben. Die SPD tritt für vergleichbare Lebensverhältnisse ein und sieht in der frühkindlichen Bildung einen wichtigen Schlüssel zum Bildungserfolg eines Kindes. Auch darf es keinen Zuzugs-Wettbewerb unter den Kommunen mit Blick auf Kita-Gebühren geben. Wir halten eine stufenweise Abschaffung der Gebühren für einen gangbaren und verantwortungsvollen Weg. Wir sehen darin nicht nur Chancengerechtigkeit für die Kinder, sondern auch Chancengleichheit von Frauen und Männern, weil Frauen ihre Möglichkeiten zum Wiedereinstieg in den Beruf verbessern können.

Haushalt 2017: Viel Geld, mangelnde Investitionen

Der Landtag hat in Erster Lesung den Haushaltsentwurf für 2017 beraten. Trotz stark steigender Einnahmen investiert die schwarz-grüne Landesregierung viel zu wenig. Weil die Konjunktur gut läuft und der Bund Milliarden Euro zur Verfügung stellt, hat Hessen seit den vergangenen drei Jahren Mehreinnahmen in Milliardenhöhe. Trotzdem werden die Kommunen z.B. durch Kürzungen im Kommunalen Finanzausgleich weiter kurz gehalten und gleichzeitig Investitionen abgesenkt. Selbst beim dringend notwendigen sozialen Wohnungsbau wird kein Landesgeld gewährt. Hessen lebt von der Substanz.

Große Investitionsstaus bei Straßenbau und Nahverkehr, Mangel an bezahlbarem Wohnraum, marode Schulen und Sportstätten, energetische Sanierung öffentlicher Gebäude, unzureichende Breitbandversorgung – Raum für sinnvolle Investitionen in die Zukunft gibt es genug. Der Sanierungsstau bei der Straßeninfrastruktur in Hessen beträgt mindestens vier Milliarden Euro, aber CDU und Grüne wollen dafür 2017 lediglich 7 Millionen Euro mehr bereitstellen. Das ist peinlich und lächerlich.

Auch die Sozialpolitik bleibt auf der Strecke: Zuwendungen für die Altenpflegeschulen wurden um 3,5 Millionen Euro gekürzt werden, obwohl das ein echter Zukunftsberuf ist, bei dem es eine hohe Nachfrage gibt. Die Altenpflegeschulen sind schon in den vergangenen Jahren mit der Landesförderung nicht ausgekommen. Es ist zudem ein großer Fehler, dass auch bei den Arbeitsmarktprogrammen gekürzt wird. Die Anzahl der Menschen, die besondere Hilfen für die Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt benötigen, ist weiterhin hoch. Im Bereich der Kinderbetreuung leidet die schwarz-grüne Landesregierung nicht einmal die 58 Mio Euro vollständig weiter, die der Bund aus dem Wegfall des Betreuungsgeldes dem Land zur Verfügung stellt.

K + S: Arbeit und Umwelt vereinbaren!

Eine Woche, nachdem rund 12.000 Kali-Kumpel mit ihren Familien und vielen Unterstützerinnen und Unterstützern mit einer Menschenkette für den Erhalt der Kali-Industrie im Werratal demonstriert haben, hat der Landtag auf Antrag der SPD über die Zukunft des Bergbaus in der Grenzregion Hessen-Thüringen debattiert. Die Kali-Kumpel haben zu recht auf ihre Sorgen aufmerksam gemacht. Diese Sorgen teilt die ganze Region. Der Kali-Bergbau ist unmittelbar die Existenzgrundlage für viele tausend Familien. Und mittelbar ist er das wirtschaftliche Rückgrat einer ganzen Region. Die Kurzarbeit der vergangenen Monate ist ein hoch dramatisches Warnsignal. Die Menschen erwarten, dass der Hessische Landtag sich mit ihnen solidarisiert. Und wir erwarten das insbesondere auch von der schwarz-grünen Landesregierung!

Die heutige schwierige Situation ist auch eine politische Altlast der CDU-Umweltminister und -ministerinnen seit 1999, die der Zuspitzung lange nur zugesehen und nicht konsequent gehandelt haben. Weder wurde die vom runden Tisch geforderte Nordsee-Pipeline konsequent angegangen noch die technischen Möglichkeiten, die jetzt zu spät greifen. Daher liegt die Verantwortung sowohl bei der Landesregierung als auch bei den Genehmigungsbehörden. Und auch die Unternehmensführung hat viel zu spät auf die Forderungen aus der EU-Wasser-Rahmen-Richtlinie reagiert. Das Unternehmen benötigt dringend Planungs- und Investitionssicherheit. Dies zu schaffen, ist Aufgabe der Landesregierung. Auch bei der Kali-Produktion gilt es, die Ansprüche von Arbeit und Umwelt miteinander zu vereinbaren. Den Schaden für das hinhaltende Vorgehen in der Vergangenheit dürfen nicht die 4.400 Beschäftigten des Werks Werra und ihre Familien haben.